

32**81**

Union in Deutschland

Bonn, den 29. Oktober 1981

Neuer Wortbruch der SPD und FDP

Mit ihren am 26. Oktober 1981 getroffenen Vereinbarungen zur Deckung des neuen Milliardenlochs im Haushalt 1982 haben SPD und FDP wiederum unter Beweis gestellt, daß sie jederzeit im Stande sind, das Gegenteil dessen zu tun, was sie noch gestern feierlich beschworen haben.

Nach der konsequenten Verleugnung des Problems der Staatsverschuldung im Wahlkampf 1980, nach den gebrochenen Versprechen beim Haushalt 1981 und nach dem mehrfachen Wortbruch im Blick auf den Haushalt 1982 (Steuererhöhungen, Kürzungen beim Kindergeld), hat die Koalition jetzt — beim inzwischen dritten (!) Anlauf zur Deckung des Haushalts 1982 — jede finanzpolitische Glaubwürdigkeit verspielt.

Dies stellt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, fest. Das dritte „Sanierungs“-Programm der SPD und FDP für den Etat 1982 stützt sich — von marginalen Ausgabenkürzungen abgesehen — vor allem auf zwei Punkte: die Inanspruchnahme eines Bundesbankgewinns in Höhe von 10 Mrd. DM und die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von drei auf vier Prozent.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ HAUSHALT '82

Das ist der falsche Weg

Seite 3

■ 30. BUNDES-PARTEITAG

Die CDU muß sich unverbraucht und zur Regierung entschlossen darstellen

Seite 5

■ DEMONSTRATIONEN

Unionsantrag gegen Vermummung von der Koalition abgelehnt

Seite 7

■ RENTEN

Dem Gesetz zugestimmt, um die Anpassung nicht zu gefährden

Seite 11

■ CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Rahmenprogramm für die Kommunalwahl 1982 verabschiedet

Seite 13

■ EUROPA

Stärkere Kontakte zwischen Christdemokraten in der EG

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Unser Ziel: Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft / Leitansatz des Bundes-

vorstandes (IV) grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

In beiden Punkten haben führende Regierungspolitiker bislang stets das Gegenteil verkündet; vor genau vier Wochen hat Bundesfinanzminister Matthöfer sogar expressis verbis eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge während seiner Amtszeit ausgeschlossen.

Es ist nicht zu sehen, wie der Bundesfinanzminister dem deutschen Volk seinen Sinneswandel erklären will. Die Zitate auf Seite 3/4 dieser Ausgabe beweisen freilich, daß durchaus nicht nur Herr Matthöfer vor diesem Dilemma steht. Denn auch der Bundeskanzler und nicht zuletzt Herr Genscher und Graf Lambsdorff haben am Wochenende Maßnahmen beschlossen, die mit ihren bisherigen öffentlichen Erklärungen völlig unvereinbar sind.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat es eine Bundesregierung gewagt, in solcher Weise mit dem „Schicksalsbuch der Nation“ umzuspringen. Wir müssen den Bürgern jetzt sagen — und hierzu eignen sich die Zitate hervorragend —, daß sie von einer Koalition regiert werden, auf deren Wort kein Verlaß ist.

Gift für die Wirtschaft — weitere Arbeitsplätze gefährdet

Beitragsanhebungen der Arbeitslosenversicherung sind das falsche Mittel, das man wählen kann, um Deckungslücken im Haushalt '82 zu stoppen, stellt **MdB Adolf Müller (Remscheid)** fest. Die Lohnkosten der Wirtschaft werden dadurch weiter erhöht und den Arbeitnehmerhaushalten Kaufkraft entzogen. Damit würde die

Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft verschlechtert und die negative Wirtschaftsentwicklung im Inland prozyklisch verstärkt.

Beitragsanhebungen wären jetzt auch Gift für die Wirtschaft. Die Krise würde verschärft, weitere Arbeitsplätze gefährdet. Wir brauchen jetzt stabile Beitragsätze. Deshalb lehnt die CDU/CSU Beitragsanhebungen entschieden ab.

Die Union ist bereit, konstruktiv mitzuarbeiten. Zur Vermeidung von Beitragsanhebungen haben wir vorgeschlagen, die Beiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosen an die Rentenversicherung zahlt, nicht mehr nach dem früheren Bruttolohn, sondern entsprechend der Lohnersatzfunktion nach dem gezahlten Arbeitslosengeld zu bemessen. Weiter hat die CDU/CSU vorgeschlagen, bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes Überstunden und jährliche Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld sowie das 13. beziehungsweise 14. Monatsgehalt nicht mehr mitzuberücksichtigen. Damit wird ein möglicher Mißbrauch ausgeschaltet, die Vermittlungsfähigkeit erhöht und Verwaltungskosten gesenkt.

Diese beiden Vorschläge der CDU/CSU würden die Arbeitslosenversicherung 1982 um rund 2,6 Milliarden Mark und den Bund um 500 Millionen Mark entlasten.

Das gleiche wie höhere Neuverschuldung

Die Bundesbank macht Gewinne infolge der hohen Zinsen. Unsere hohen Zinsen sind großenteils eine Folge der abenteuerlichen Schuldenpolitik

(Fortsetzung Seite 4)

Das ist der falsche Weg...

1. Stichwort Steuer- und Abgabenerhöhungen

„Gerade in der gegenwärtigen Lage dürfen nicht durch zusätzliche Steuer- und Abgabenbelastungen auf Einkommen und Erträge die Investitionsfähigkeit und der Leistungswille eingeschränkt werden. Im Gegenteil. Es geht im wahrsten Sinne des Wortes um Schicksalsfragen für unser Land.“

Hans-Dietrich Genscher, Kolumne für die „Nordsee-Zeitung“, 12. Sept. 1981

„Gleichzeitig wird erneut bekräftigt, daß die jetzt erreichten Grenzen der Belastung der Löhne und Einkommen mit direkten Steuern und Sozialabgaben nicht mehr überschritten werden sollen.“

Hans Matthöfer, Etatrede im Bundestag, 16. Sept. 1981

„Die Begrenzung der Neuverschuldung darf nicht durch Steuererhöhungen oder ein Anwachsen der Abgabenlast bei Bürgern oder Wirtschaft herbeigeführt werden.“ **Hans Matthöfer, Rede vor dem Bundesrat, 25. Sept. 1981**

„Es gibt keinen Anlaß zu der Unterstellung, daß hier (Arbeitslosenversicherung) schon heimlich eine spätere Beitragserhöhung eingebaut sei. Herr Kollege Stoltenberg, ich wiederhole das ausdrücklich zu Ihrer Beruhigung: Hier ist, jedenfalls während der Amtszeit dieses Bundesfinanzministers, keine weitere Beitragserhöhung eingebaut. Ich habe mehrfach für die Bundesregierung erklärt, daß die Abgabenquote insgesamt eine Höhe erreicht hat, die nicht weiter gesteigert werden darf.“

Hans Matthöfer, Rede vor dem Bundesrat, 25. Sept. 1981

2. Stichwort Bundesbankgewinn

„Sehr skeptisch beurteilt Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff die Absicht, Gewinne der Bundesbank in größerem Umfang zum Ausgleich des Bundeshaushalts 1982 einzusetzen. Vor Unternehmern in Köln verwies er darauf, daß es sich teilweise um Buchgewinne (durch höhere Bewertung der Dollar-Währungsreserven) handele. Buchgewinne der Bundesbank an den Bund abzuführen, komme einer Geldschöpfung gleich.“

Der Staat besorge sich damit Geld zum Nulltarif, so, als ob er im Keller des Finanzministeriums Geldscheine drucken lasse. Geld- und wirtschaftspolitisch sei das bedenklich. Wenn die Bundesbank bei sinkendem Dollarkurs Verluste aus der Abschreibung auf Währungsreserven mache, komme der Bund dafür ja auch nicht auf.“ **Kölner Stadtanzeiger, 25. Juni 1981**

„Bundesfinanzminister Hans Matthöfer hat am Donnerstag in Bonn erklärt, er habe niemals die Summe von zehn Milliarden DM als Gewinnabführung der Bundesbank genannt. Er beabsichtigte auch nicht, einen von der Bundesbank an den Bund abzuführenden Gewinn in dieser Höhe in den Bundeshaushalt 1982 einzustellen.“ **dpa, 16. Juli 1981**

„In jedem Fall sei es aber bedenklich — so der Minister (Lambsdorff) —, jetzt eine Diskussion zu führen, wie der Haushalt durch höhere Steuern und Bundesbankgewinne ausgeglichen werden könne, um unbequemen Einsparungen zu entgehen. Dies sei der verkehrte Weg ...“

dpa, 21. Juli 1981

„Falls... der festgestellte Gewinn der Bundesbank... größer werden sollte... so wird der überschießende Teil ausschließlich zur weiteren Rückführung der Nettokreditaufnahme verwendet werden. Darauf haben wir uns festgelegt.“

Helmut Schmidt vor der Bundespressekonferenz, 30. Juli 1981

„Der geplante Anstieg der Ausgaben um 4,2 %... ermöglicht eine Abbremsung der Neuverschuldung auf 26,5 Milliarden DM bei einer durch Gesetz geregelten Bundesbankablieferung von 6,1 Milliarden DM. Die Bundesregierung hat sich von der Erwartung einer hohen Gewinnabführung der Bundesbank nicht verleiten lassen, in ihren Sparanstrengungen nachzulassen.“

Hans Matthöfer, Etatrede im Bundestag, 16. Sept. 1981

„Wir wären in einer miserablen Situation, wenn wir euch brauchten, um aus einer Patsche herauszukommen. Um Gottes Willen!“

Helmut Schmidt am 3. Juni 1981 im Deutschen Bundestag, an die CDU/CSU gewendet. Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle lebhaften Beifall bei der SPD und FDP.

(Fortsetzung von Seite 2)

der Bundesregierung. Die Häuslebauer und Investoren, die unter den hohen Zinsen zu leiden haben, müssen an denselben Staat, der eine Hauptursache für die hohen Zinsen gesetzt hat, eine Art „Zinssteuer“ entrichten. Die Bundesregierung zieht somit Gewinne aus den Fehlern ihrer eigenen Finanzpolitik, erklärt MdB Hansjörg Häfele.

Volkswirtschaftlich ist das Ausfüllen von Deckungslücken des Haushalts mit Gewinnabführungen der Bundesbank das gleiche wie eine höhere Neuverschuldung. Denn die Bundesbank ist verpflichtet, an ihrer anti-inflationären Geldmengenpolitik festzuhalten. Sie muß also die Geldmenge auf anderen Gebieten entsprechend drosseln. Dies trifft die Privatinvestitionen — genau das Falsche!

Es ist unverantwortlich, vorübergehende Bundesbankgewinne, welche Folgen der Zinskrankheit sind, zur Lösung unserer dauerhaften Krise der Staatsfinanzen einzusetzen. Die Bundesbank kann wie in den vergangenen Jahren sehr rasch wieder Verluste machen. Dies gilt vor allem dann, wenn wir, was alle wünschen, wieder eine günstigere wirtschaftliche Entwicklung bekommen.

Obwohl Fachleute schon seit etwa einem halben Jahr wissen, daß die Bundesbank Ende 1981 bis zu 10 Milliarden Mark Gewinne ausweisen könnte, wobei die genaue Höhe heute noch niemand kennt, wechselt der Bundesfinanzminister in wenigen Tagen sprunghaft seine Zahlenangaben. Zunächst gab er 6,1 Milliarden Mark an, am Donnerstag letzter Woche dann über 8 Milliarden Mark und am Samstag plötzlich sogar 10 Milliarden Mark.

■ 30. BUNDESPARTEITAG

CDU: Unverbraucht und zur Regierung entschlossen

Zur Vorbereitung des 30. CDU-Bundesparteitages vom 2. bis 5. November 1981 in Hamburg erklärte Heiner Geißler am 28. Oktober 1981 vor der Bundespressekonferenz in Bonn: Die CDU verfolgt mit dem 30. Bundesparteitag in Hamburg zwei Ziele: Dieser Parteitag soll ein Parteitag des Gesprächs und der Toleranz und ein Parteitag der Vorbereitung auf die Regierung werden. Dieser Parteitag wird in mehrfacher Hinsicht ein außergewöhnlicher Parteitag sein.

① Die CDU hat 500 junge Menschen aus allen Teilen des Landes und allen Schichten der Bevölkerung eingeladen und wird mit ihnen einen ganzen Tag über unsere gemeinsamen Probleme diskutieren.

② Der Bundesparteitag findet in der Zeit einer schweren Regierungskrise statt, in der sich die Hoffnung der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland auf die Union richtet. Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes weiß, daß unser Land einen neuen Anfang mit einer neuen Regierung braucht.

Mit vier großen Themen werden wir uns auf dem Hamburger Parteitag zusammen mit den jungen Leuten, die wir eingeladen haben, beschäftigen:

■ Wir müssen den äußeren Frieden für unser Volk sichern.

■ Wir müssen den Aufschwung der Wirtschaft herbeiführen und neue Ar-

beitsplätze schaffen durch eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft und damit den inneren Frieden sichern.

■ Wir müssen unseren jungen Menschen durch eine Reform unseres Bildungswesens bessere Zukunftschancen geben.

■ Wir brauchen als Alternative zu einem bürokratisierten und anonymen Staat eine Gesellschaft mit einer menschlichen und überschaubaren Ordnung.

Diese Ziele sind Aufgaben für die Zukunft und damit vor allem ein Anliegen der jungen Menschen, die ihre Zukunft noch vor sich haben, aber auch unseres ganzen Volkes. Von der Beantwortung dieser Fragen hängt der weitere Weg unseres Volkes ab. Die CDU muß sich als unverbrauchte, zur Regierung entschlossene Partei dieser Herausforderung stellen.

Um die Probleme lösen zu können, brauchen wir das Gespräch zwischen den Bürgern aller Generationen. Die CDU hat die 500 Jugendlichen nicht nur als Zuhörer nach Hamburg eingeladen. Sie haben am zweiten Tag des Parteitages auch das Recht zu reden und zu diskutieren. Eine solche Öffnung auf einem Parteitag hat es in dieser Form bisher noch nicht gegeben. Die CDU-Delegierten werden auf diesem Parteitag nicht nur die Gebenden, sondern auch die Nehmenden sein. Alle werden durch das Gespräch lernen.

Der Diskussion mit der Jugend wird ein ganzer Tag gewidmet. Am Mittwochvormittag wird in drei Foren über folgende Themen diskutiert:

- Für neue Zukunftschancen in Bildung und Beruf.
- Für Soziale Marktwirtschaft im Dienst des Menschen.
- Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Nach den bisherigen Anmeldungen werden an den Diskussionen in diesen drei Foren jeweils bis zu 800 Gäste und Delegierte des Parteitages teilnehmen. Am Nachmittag diskutiert der gesamte Parteitag mit den Jugendlichen das Thema Frieden und Freiheit.

Ich bin sicher, daß die Diskussionen nicht ohne Einfluß auf die Entscheidungen der Parteitagsdelegierten sein werden. Zur Abstimmung steht der Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes, zu dem 485 Änderungsanträge eingebracht wurden. Darüber hinaus ist es möglich, auf dem Parteitag selbst Initiativanträge zu stellen, vor allem als Ergebnis der Forumsdebatten.

Von den rund 500 jungen Gästen sind fast alle im Alter zwischen 16 und 25 (85 %). 60 Prozent der Jugendlichen gehören weder der CDU noch der Jungen Union an. Eingeladen wurden die jungen Menschen zum einen Teil von den CDU-Landes- bzw. -Kreisverbänden, zum anderen hat die CDU 65 Jugendverbände sowie Kirchen, Gewerkschaften usw. gebeten, Jugendliche zu diesem Parteitag zu entsenden.

Nach dem jetzigen Einladungsstand sind 20 Prozent Arbeitnehmer, 20 Prozent Studenten, 20 Prozent Schüler, 10 Prozent Lehrlinge. Hinzu kommen Jugendoffiziere der Bundeswehr, Soldaten und Zivildienstleistende.

Die Einladung der 500 Jugendlichen sprengt den Rahmen der bisher üblichen CDU-Bundesparteitage. Waren es bisher im Durchschnitt 1 800 bis 2 000 Teilnehmer, sind es diesmal im Hamburger Kongreßzentrum 2 700 Teilnehmer. Damit ist der Bundesparteitag mit Abstand der größte Parteikongreß in der Geschichte der CDU. Nicht zuletzt wegen der neuen Form ist auch das Interesse von Presse, Funk und Fernsehen außergewöhnlich groß. Zum Hamburger Parteitag haben sich rund 1 000 Journalisten angemeldet, darunter 50 junge Redakteure von Schülerzeitungen.

Die Größe des Parteikongresses stellte die Organisation vor zusätzliche Aufgaben. Der 30. CDU-Bundesparteitag ist der erste Kongreß in der Bundesrepublik Deutschland, der vollständig mit der neuen Technologie der elektronischen Text- und Datenverarbeitung abgewickelt wird.

Umfrage: Absolute Mehrheit für die Union

Die absolute Mehrheit (50,3 Prozent) der erwachsenen Bevölkerung würde die CDU/CSU wählen, wenn am nächsten Sonntag eine Bundestagswahl wäre. Bei dieser „Sonntagsfrage“ antworteten dem Institut für Demoskopie Allensbach im September nur noch ein Drittel (33 Prozent), es würde seine Stimme der SPD geben. Die Sozialdemokraten sind damit in der Präferenzkurve auf den tiefsten Stand seit langem gesunken. Für die FDP sprachen sich in diesem September 9,7, für die Grünen 5,8 Prozent aus. Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt von 2 000 Personen von 16 Jahren an aufwärts, also nicht erst von 18 Jahren an.

■ DEMONSTRATIONSRECHT

Unions-Antrag gegen Vermummung von der Koalition abgelehnt

Wir müssen uns darüber klarwerden, ob wir Konflikte, Meinungsverschiedenheiten, Auseinandersetzungen austragen wollen, friedlich, im Rahmen unserer freiheitlichen Verfassung und der rechtsstaatlichen Ordnung, oder ob wir es mit Gewalt wollen, ob wir es tolerieren wollen, ob wir es zulassen wollen. Die Grenze zwischen beiden Feldern ist im Grunde eindeutig bestimmbar.

Wofür wir sorgen müssen ist, daß diese Grenze nicht verwischt wird, stellte Alfred Dregger im Deutschen Bundestag bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes der CDU/CSU-Fraktion zum Schutz friedfertiger Demonstrationen und Versammlungen fest.

In der Bundesrepublik Deutschland hat jedermann das Recht, friedlich öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und daran teilzunehmen, erklärte MdB Friedrich Bohl. Dieses Grundrecht unserer Verfassung auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein zu hohes Gut, als daß wir dem unerträglichen Mißbrauch dieses Grundrechts mit ständig steigenden gewalttätigen Ausschreitungen tatenlos zusehen können und wollen. So ist allein die Zahl der unfriedlichen Demonstrationen von 98 im Jahre 1979 auf 143 im Jahre 1980 gestiegen. Fast gewinnt man den Eindruck, daß Demonstrationen derart alltäglich geworden sind,

daß sie nur noch die gewünschte Aufmerksamkeit finden, wenn sie von Kravallen begleitet sind.

Kernstück unseres Gesetzentwurfes ist es, den geltenden, aber wirkungslosen Tatbestand des Landfriedensbruchs so neu zu fassen, daß er seine den öffentlichen Frieden sichernde Funktion zurückerhält. Seit 1970 ist die bloße Teilnahme an einer gewalttätigen Demonstration nicht mehr strafbar, der Teilnehmer muß vielmehr selbst gewalttätig gewesen sein. Das führt dazu, daß der harte Kern gewalttätiger Demonstranten derzeit seine Ausschreitungen in der Deckung einer Menschenmenge — darunter häufig Sympathisanten — ohne größeres Risiko begehen kann, da er durch die umstehende Menge gut abgeschildert ist. Die Polizei ist daher oft gar nicht in der Lage, solche gewalttätigen Demonstranten zu ergreifen oder zu einem späteren Zeitpunkt noch zu identifizieren.

Angesichts der dramatischen Veränderung der Qualität von Demonstrationen in den letzten Monaten, der Gefährlichkeit der „verfeinerten Demonstrationstechniken“, der Welle der Gewalt, der Schwere des Unrechts und der Nachhaltigkeit der Störung des öffentlichen Friedens kann dieser Zustand nicht länger hingenommen werden. Es müssen daher in einem genau beschriebenen Umfang die Fälle des Anschlusses oder des Sich-nicht-Entfernens aus einer Menge unter Strafe gestellt werden.

■ ASYL

Gesetzentwurf der Koalition löst die Probleme nicht

Der Gesetzentwurf der SPD/FDP-Koalition über das Asylverfahren regelt vieles, nur nicht das, was derzeit dringlich ist, nämlich die Eindämmung der Asylantenflut. Die Hoffnungen der Öffentlichkeit, insbesondere der Gerichte und der Kommunen, daß die Politik ein Problem anpacken würde, das ihnen bis zum Halse steht, sind angesichts dieses Entwurfes überhaupt nicht gerechtfertigt.

In Wahrheit liegt nämlich ein Gesetzentwurf vor, der viele Bereiche, die zweifellos auch mehr oder minder lösungsbedürftig sind, regelt, nur nicht das derzeit aktuell lösungsbedürftige Problem, stellt CDU/CSU-MdB Hermann Fellner fest.

Es muß sich im Verwaltungsverfahren unbedingt eine Beschleunigung und Entlastung ergeben, weil ansonsten die Gerichte bei der schon nahezu selbstverständlichen Inanspruchnahme nach einem ablehnenden Bescheid auf Jahre hinaus die an sie herangetragenen Fälle nicht entscheiden können. Man muß berücksichtigen, daß die Welle der Asylbewerber des Jahres 1980 das Bundesverwaltungsgericht überhaupt noch nicht erreicht hat. Diese Welle wird überschwappen auch bei den Obergerichtsverfahren, auf die sie nach dem vorliegenden Entwurf durch die Nichtzulassungsbeschwerde gelenkt

werden soll, wenn eine Vorauswahl im Verwaltungsverfahren nicht stattfindet. SPD und FDP handeln in ihrem Entwurf offensichtlich nach dem Motto „Noch 'n Beauftragter“, demgemäß jemand als zuständig für Verteilen eingeteilt wird. Das vorgesehene Verteilungsverfahren führt nur zu einem Hin- und Herschieben der Asylbewerber zwischen den Ländern je nach dem zufälligen Anfall. Die Überschußländer werden diejenigen Asylbewerber behalten, die bereits Arbeit gefunden haben und die nach Ablauf der Sperrfrist Arbeit finden werden.

Vor allen Dingen werden sie diejenigen behalten, die bei Verwandten oder Bekannten bereits Unterkunft gefunden haben. Die Überschußländer werden die obdachlosen und an einer Arbeitsaufnahme nicht interessierten Asylbewerber an die anderen Länder weitergeben. Damit entstünde eine Belastung hauptsächlich bei dem aufnehmenden Land, während die Überschußländer die Asylbewerber nach Gutdünken abgeben können. Nachdem sich Asylbewerber häufig dort melden, wo sie Kontaktadressen haben, besitzen sie in ihrem Meldebereich auch Bindungen zu Verwandten, Freunden und Landsleuten. Eine Verteilung auf die anderen Länder bedeutet, daß diese Bindungen abgebrochen werden müssen.

Und schließlich sieht § 39 Ausländergesetz ausdrücklich eine Mitverantwortung des Bundes bei der Unterbringung der Asylbewerber vor. Von dieser Verpflichtung soll der Bund durch ein Verteilungsverfahren für die Asylbewerber auf die Länder nicht entlastet werden.

Wir können diesem Gesetz nicht zustimmen, auch wenn es eine Anzahl von Nebenproblemen regelt, weil der Entwurf das entscheidende Problem auf Dauer nicht löst.

INFORMATIONEN/ KOALITION

Bonns kostspielige Personalmißwirtschaft

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betr. Versetzung politischer Beamter des Bundes in den einstweiligen Ruhestand macht nach Ansicht des innenpolitischen Sprechers der Fraktion, Carl-Dieter Spranger, das Ausmaß der Personalmißwirtschaft des Bundes deutlich: Seit 1969 sind 161 politische Beamte des Bundes vorzeitig in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Lediglich 19 Beamte haben eine anderweitige Tätigkeit im Bereich des Bundes gefunden. Die weit überwiegende Mehrzahl der vorzeitig zur Ruhe gesetzten Beamten war zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand jünger als 60 und oft auch jünger als 50 Jahre.

Seit dem 1. Januar 1969 muß der Steuerzahler für diese „Frühpensionäre“ eine Summe von sage und schreibe 71 086 961,26 DM (bis zur Erreichung des 65. Lebensjahres) zahlen. Es handelt sich in fast allen Fällen um fachlich nicht genügend qualifizierte Beamte, die entweder das Parteibuch von SPD bzw. FDP hatten oder die der Koalition zumindest nahestanden.

Die Bundesregierung sollte auf das bewährte Prinzip früherer Regierungen zurückgreifen und bei der Übertragung solcher Spitzenpositionen endlich wieder auf Eignung, Befähigung und fachliche Leistung abstellen. Eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand muß die

seltene Ausnahme werden und nicht wie jetzt gängige Praxis. Solche Beamte müssen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes weiterbeschäftigt werden. Es kann nicht mehr länger hingenommen werden, daß viele dieser Beamten neben ihrer Pension lukrative Nebeneinkünfte aus anderweitigen Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes beziehen.

SPD verliert Mitglieder in Großstädten

Die Mitgliederverluste der SPD sind, einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge, in den Großstädten besonders hoch, hat eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt, die in Nürnberg veröffentlicht wurde. Zwischen 1973 und 1980 verlor die SPD allein in München 27,6 Prozent ihrer Mitglieder, in Frankfurt 21,9 und in Köln 20 Prozent. Es folgen Hannover mit 19,6, Hamburg mit 18,6 und Stuttgart mit 12,2 Prozent. In Düsseldorf waren es 9,2, in Berlin 8,4 und in Bremen 8,3 Prozent. In den fränkischen Großstädten traten in Erlangen 24,6 Prozent der Mitglieder aus, in Nürnberg 22,2, in Fürth 20,1 und in Würzburg 8,2 Prozent.

Friedrich Vogel wieder Bundesvorsitzender der CDU-Juristen

Die Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) wählte am Freitag, dem 23. Oktober 1981, in Bonn den Bundestagsabgeordneten Rechtsanwalt Friedrich Vogel einstimmig erneut zum Vorsitzenden. Friedrich Vogel, der auch Vorsitzender des Vermittlungsausschusses des Deutschen Bundestages ist, bekleidet das Amt des BACDJ-Vorsitzenden bereits seit 1970.

Ebenfalls einstimmig wurden wiedergewählt die bisherigen Stellvertretenden Vorsitzenden: Rechtsanwalt Dr. Carl Otto Lenz, MdB, und Staatsminister a. D. Dr. Otto Theisen, MdL. Dem Vorstand gehören darüber hinaus folgende neun von der Mitgliederversammlung gewählte Beisitzer an: Prof. Dr. Hermann Blei; Rechtsanwalt und Notar Benno Erhard, MdB; Justizminister Dr. Heinz Eyrich; Rechtsanwalt Jakob Kraetzer, MdA; Dr. Eberhard Kuthning; Rechtsanwalt und Notar Friedrich Bohl, MdB; Ministerialrätin Margret Möller; Minister Dr. Henning Schwarz, MdL; und Rechtsanwalt Dr. Winfried Tilmann.

Jusos: Härter mit der FDP reden

Von der SPD verlangt Rudolf Hartung, Juso-Bundessekretär, eine „arbeiterbezogenere“ Politik. Er will, daß die SPD ein Arbeitsmarktprogramm durchsetzt, wenn es auch beim Koalitionspartner FDP auf Widerstand stößt. Die eigene Partei fordert der Juso auf: „Man muß mit einer FDP, die immer so an der Fünfprozentgrenze dahinsegelt, hart diskutieren.“

Lambsdorff fordert Eppler zur Parteigründung auf

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler und FDP-Vorstandsmitglied William Borm als Wortführer der Friedensbewegung aufgefordert, eine eigene Partei zu gründen. Dies sei die „sauberste Lösung“, bei der die Wortführer und Sympathisanten einer Politik, wie sie auf der Kundgebung im Bonner Hofgarten verkündet worden sei, ihre politische Heimat und Basis finden könnten, schrieb Lambs-

dorff in einem Zeitungsartikel. Seine Auffassung nach würde dann auch deutlich werden, wer die Ziele, die vor zwei Wochen in Bonn verkündet worden seien, konsequent verfolge und wer nicht. Es würde zudem in der Öffentlichkeit die Wortführer der Demonstrationen auf ihre tatsächliche Bedeutung zurückschrauben.

Austritte aus der FDP

Herbert Christ, FDP-MdB von 1972 bis 1976 und seit 1971 Kreisvorsitzender der Pünktchenpartei in Nürnberg, hat seinen Austritt aus der FDP gemeinsam mit weiteren sieben Funktionären erklärt. Die Ex-Liberalen richteten schärfere Angriffe gegen die FDP-Führung in Bonn und Bayern und erklärten, sie könnten den „Nachrüstungsbeschluss“ und die Kernenergiepolitik nicht unterstützen. Ein Mitglied des Stadtrates verließ die FDP-Zwei-Mann-Fraktion. Er wird sich voraussichtlich den Grünen anschließen.

Rechtsterrorismus mit gleicher Härte bekämpfen

Zu der Polizeiaktion gegen eine rechtsextreme radikale Gruppe in München erklärte Alfred Dregger, sie sei ein Erfolg, wie die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland öfter zu gönnen wäre. Trotz zweier verletzter Beamten spreche der Einsatz für eine umsichtige und reibungslose Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei.

Über den Einzelfall hinaus zeigte sich München, daß auf den Linksterrorismus offenbar jetzt der Rechtsterrorismus folgt, der sich auszuweiten beginnt. Je mehr die Form des Terrorismus muß mit gleicher Schärfe bekämpft werden.

RENTEN

Dem Gesetz zugestimmt, um die Anpassung nicht zu gefährden

Nachdem drei Jahre lang die Rentenanpassung nicht mehr nach der Entwicklung der Bruttolöhne erfolgte, sondern nach willkürlich festgesetzten Prozentsätzen, kehrt man mit dem Rentenanpassungsgesetz 1982 wieder zur bewährten Brutto-
lohnanpassung zurück.

Die CDU/CSU begrüßt die Rückkehr zur bewährten Bruttolohnanpassung, stellt MdB Heinz Franke fest. Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und die laufenden Geldleistungen der Altershilfe für Landwirte und analog hierzu die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz werden ab 1. Januar 1982 um 5,76 % angepaßt. Für die Rentenversicherung erwachsen hieraus Mehraufwendungen von 7,46 Mrd. DM einschließlich der Mehraufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner.

Während die Rentenanpassung und die Neuregelung des Auslandsrentenrechts kaum umstritten waren, war die Neuregelung der Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner von Anfang an Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Gegen den Widerstand der CDU/CSU, die eine Abkopplung dieses Teils des Gesetzes vom Rentenanpassungsgesetz 1982 in den Ausschüssen und im Plenum beantragt hat, haben SPD und FDP sowohl die Ersetzung der bisherigen Pauschalzahlung der Rentenversicherung an die

Krankenversicherung durch einen Krankenversicherungsbeitrag des einzelnen Rentners, den dieser als Zuschuß zu seiner Rente erhält, als auch die Heranziehung von der Rente vergleichbaren Einnahmen (Versorgungsbezügen) zur Beitragszahlung in der gesetzlichen Krankenversicherung durchgesetzt.

Nach Auffassung der CDU/CSU bringt die Umgestaltung der Pauschalzahlung in einen Zuschuß nicht mehr Kostentransparenz und damit auch keinerlei Kostendämpfung. Die Heranziehung von Betriebsrenten, Pensionen und anderen Alterseinkünften zur Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung bis zur Beitragsbemessungsgrenze ist nach Auffassung der CDU/CSU ungerecht und führt letztlich zu einer Reduzierung der Alterseinkünfte von alten Menschen, die eine Betriebsrente oder Pension erhalten. Die Regelungen sind zu kompliziert, zu verwaltungs- und kostenaufwendig.

Die CDU/CSU hat diesen Teil des Gesetzes abgelehnt und empfohlen, die Neuregelung der Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner in einem eigenen Gesetz im Frühjahr nächsten Jahres auf der Basis eines ausgereiften Konzepts nach Abklärung auch der organisatorischen Probleme mit den betroffenen Verbänden zu regeln. Sie hat dem Gesetz insgesamt zugestimmt, um die Rentenanpassung per 1. 1. 1982 um 5,76 Prozent nicht zu gefährden.

■ ARBEITSWELT

SPD und FDP lehnten Überprüfung durch neutrale Gutachter ab

Die Union hat im Bundestag darauf gedrungen, das von ihr seit langem scharf kritisierte Förderungsprogramm der Bundesregierung „Humanisierung des Arbeitslebens“ durch eine neutrale Expertengruppe überprüfen zu lassen. SPD und FDP lehnten ab.

Ein entsprechender Antrag der Fraktion mit dem Hinweis begründet, daß inzwischen ca. 750 Projekte mit Ausgaben von mehr als 400 Millionen Mark abgeschlossen seien und es wohl meterweise Forschungsberichte gäbe, aber so gut wie nichts davon sei in die Praxis umgesetzt worden. Der Antrag soll nun im zuständigen Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie beraten werden.

In der Debatte erklärte MdB Ludwig Gerstein: Wir wollen durch die im Antrag geforderte neutrale Überprüfung des Programms klären, ob es sich wirklich überhaupt um ein Programm handelt. Eine Durchsicht der zur Verfügung stehenden Unterlagen, insbesondere aber die Durchsicht der Projektliste des Bundesforschungsministeriums, zeigt auf, daß es sich eigentlich nur um eine Sammlung von Projekten handelt. Von allen Projekten sind nur die Vergabekriterien gemeinsam.

Ein zielgerichtetes problemorientiertes Programm, wenn man mal von dem Gesamtproblem „Humanisierung des

Arbeitslebens“ absieht, ist gar nicht zustande gekommen. Nach wie vor ist um die Bundesregierung das in der Kleinen Anfrage angekündigte Programm schuldig geblieben, das die wirklichen Probleme der Menschen am Arbeitsplatz aufnimmt. Wir fragen die Bundesregierung:

Sind wirklich die wichtigsten Probleme von heute durch die Forschung erfaßt? Warum werden z. B. die Möglichkeiten einer flexiblen Arbeitszeit — des Job-Sharing — nicht stärker erforscht. Wir sehen hier einen neuen Ansatz, die Arbeitswelt humaner zu gestalten und gleichzeitig Möglichkeiten zum Abbau von Arbeitslosigkeit. Wir hören mit Aufmerksamkeit, daß der zuständige Fachausschuß an einem solchen Programm arbeitet.

Im Zusammenhang mit den knappen werdenden Haushaltsmitteln stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen problemorientierter und projektorientierter Forschung verstärkt. Würde es nicht manchmal besser, statt neuer, unklarer und aufwendiger Projekte zu fördern, mit den vorhandenen Mitteln wenigstens die institutionelle problemorientierte arbeitswissenschaftliche Forschung zu erhalten und die Nutzung der dort vorhandenen Einrichtungen zu sichern? Ich will ein Beispiel nennen. Ich glaube nicht, daß es zu verantworten ist, wenn z. B. in Dortmund die eine Institution beklagen muß, daß sie ihre aufwendige neue Klimakammer nicht voll nutzen kann, weil ihr entsprechende Wissenschaftler fehlen, während die andere Institution, nur 2 km von der ersten entfernt, Beschwerde darüber führt, daß sie ihre vor Jahren schon erstellte Klimakammer deswegen nicht mehr nutzen kann, weil sie die Kosten für Energie und Materialaufwand nicht im Jahresetat genehmigt bekommt.

■ CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Rahmenprogramm für die Kommunalwahl '82 verabschiedet

Die CDU Schleswig-Holstein steht geschlossen hinter ihrem alten und neuen Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg. Mit überwältigender Mehrheit votierten die knapp 400 Delegierten des 34. Landesparteitages bereits zum sechsten Mal für Stoltenberg. 367 von 380 Stimmen, das sind 96,5 Prozent, entfielen bei neun Gegenstimmen und vier Enthaltungen auf den Alleinkandidaten in den Landesvorsitz. Die Delegierten feierten diesen großen Vertrauensbeweis mit Ovationen.

Unter drei Schwerpunkten stand der zweitägige Parteitag in der Eckernförder Stadthalle: Grundwertediskussion, Verabschiedung des Rahmenprogramms für die Kommunalwahl im Frühjahr 1982 und die Personalentscheidung zum Landesvorstand. Stoltenberg ging in seinem Rechenschaftsbericht zu Beginn des Parteitages ausführlich auf die zentralen politischen Themen dieser Tage, die Finanzmisere des Staates, die Handlungsunfähigkeit der Bonner Koalition, die Friedensdiskussion und die Energiepolitik ein.

„Wir sind es leid, immer wieder von Schmidt und Genscher zu hören, im Ausland sei alles noch schlimmer“, kritisierte Stoltenberg die Bundesregierung scharf. Die Verantwortlichen in Bonn sollten sich nicht mit denjenigen

entschuldigen, die noch größere Schwierigkeiten als wir hätten, sondern sich Staaten wie Japan, die Schweiz oder Norwegen zum Beispiel nehmen. Die sogenannte sozialliberale Politik habe eine ständige Überforderung der Wirtschaft bewirkt und Arbeitnehmer durch Steuern und Abgaben belastet.

Ausgerechnet in dieser Zeit fahre der Staat seine Investitionen zurück, müßten Leistungen auf breiter Front gekürzt werden. Die verhängnisvolle Finanzpolitik der SPD/FDP-Koalition und die tiefroten Zahlen der Leistungsbilanz hätten die Zinsen hochgetrieben und schlimme Folgen für die privaten Investitionen, den Wohnungsbau und die Verbraucher heraufbeschworen. „Wir erleben gegenwärtig, was das von vielen Linken und Grünen propagierte Nullwachstum bedeutet: Existenznot für viele, steigende Erwerbslosigkeit, Rückgang der Realeinkommen und Abbau der Sozialleistungen.“

Scharf griff Stoltenberg Sozialdemokraten und Freie Demokraten auf dem Gebiet der Energiepolitik an. Seit 1976 blockierten große Teile von SPD und FDP das gemeinsame Energieprogramm von Bund und Ländern. Schleswig-Holsteins SPD habe hier eine herausragende Position eingenommen. Der Parteitag der Landes-SPD in Harrislee habe erneut bewiesen, daß die sozialdemokratische Führung des Landes unfähig sei, die zentralen Aufgaben der Zukunftsvorsorge für die Bürger zu er-

kennen und eine glaubwürdige Politik für Vollbeschäftigung zu entwickeln.

Allen Meinungen der Gewerkschaften und der Wirtschaft zum Trotz, gegen den eindringlichen Rat der Bundesregierung und der Länderchefs werde der Glaubenskrieg gegen die Kernenergie und Brokdorf fortgesetzt. „Günther Jansen und seinen Freunden geht es heute darum, die Energiepolitik als Waffe gegen die Bundesregierung einzusetzen. Schmidt soll in den zentralen Fragen der Energie- und Sicherheitspolitik in die Knie gezwungen oder gestürzt werden.“

Der Frieden in der Welt sei seit 1969 nicht sicherer geworden, wie Brandt es damals versprochen habe, betonte Stoltenberg im sicherheitspolitischen Teil seiner Rede. Aber auch die Kriegsgefahr bezeichnete er als nicht größer als vor zehn oder zwanzig Jahren. Viele Menschen seien von Zukunftsängsten ergriffen; die einen von der Vision des Atomkrieges und der anhaltenden Rüstung, andere bewege die wachsende Militanz innerer Auseinandersetzungen. „Die Wahrheit jedoch ist, daß wir seit 35 Jahren mit der Existenz von Atomwaffen leben und voraussichtlich auch weitere Jahrzehnte leben werden. Wir sollten mit denen, die Angst haben, offen über die politischen Voraussetzungen für die Erhaltung von Frieden und Freiheit reden. Denn wichtiger als Einzeldebatten über Waffensysteme sind die Grundfragen der politischen und geistigen Orientierung.“

Zur aktuellen Debatte nach der Bonner Friedensdemonstration forderte Gerhard Stoltenberg klare Begriffe und Unterscheidungen. Es gebe in der Tat eine organisierte Zusammenarbeit von Kommunisten und linken Sozialdemokraten gegen den NATO-Doppelbeschluß, wie auch das Bundesinnenministerium dar-

gestellt habe. „Es gibt aber auch das Engagement vieler junger Menschen, vor allem aus dem krichlichen Bereich, die nicht einseitig und einäugig gegen den Westen Position beziehen. Mit ihnen wollen wir diskutieren, unsere Überzeugungen erläutern und auf ihre Argumente eingehen.“

Bei den Personalwahlen auf dem 34. Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein ergab sich im engeren Landesvorstand ein Wechsel. Neben Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, der mit seinem besten Ergebnis zum sechsten Mal Landesvorsitzender wurde, galt es, unter fünf Kandidaten vier Stellvertreter zu bestimmen. Mit 16 Stimmen Differenz mußte sich Finanzminister Rudolf Titzck dem Neubewerber Eberhard Dall'Asta beugen. Dall'Asta ist Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der CDA Schleswig-Holstein.

Die Ergebnisse im einzelnen: Zur Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden im Blockwahlverfahren 392 Stimmen abgegeben. Für Innenminister Uwe Barschel votierten 320, Landwirtschaftsminister Günter Flessner 310, Anke Gravert 269 und Eberhard Dall'Asta 252 Delegierte.

Neue Öko-Partei ohne Kommunisten

Michael Arends ist der Vorsitzende der jetzt in München gegründeten „Ökologisch-Demokratischen Partei“. Diese Gruppierung beschränkt sich zunächst auf Bayern, soll aber im März des kommenden Jahres als bundesweite Partei ausgedehnt werden. Als Mitglieder konnten Herbert Gruhl und der Öko-Bauer Baldur Springmann gewonnen werden. Die ÖDP will sich klar von Kommunisten abgrenzen.

■ EUROPAPOLITIK

Stärkere Kontakte zwischen Christdemokraten in der EG

In Bonn sind am 22. und 23. Oktober 1981 unter dem Vorsitz des EVP-Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, die Vorsitzenden der christlich-demokratischen Fraktionen nationaler Parlamente der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft mit dem Vorstand der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments und dem Vorsitzenden der CD-Fraktion im Europarat zu einer Konferenz zusammengetroffen.

Die Einladung dazu ging von der EVP-Fraktion aus. Es war die erste Zusammenkunft dieser Art. Die Konferenzteilnehmer waren übereinstimmend der Auffassung, daß ständige, intensive und möglichst regelmäßige Kontakte zwischen den christlich-demokratischen Fraktionen notwendig sind, um dem Streben nach der Einheit Europas neue Impulse zu geben. Sie vereinbarten die nächste Zusammenkunft für den 11. Dezember 1981 in Rom.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Antrag, der gemeinsam von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der EVP-Fraktion erarbeitet worden ist. Sein wesentlichstes Ziel ist es, „noch vor einer erneuten Erweiterung der Gemeinschaft die bestehenden Gemeinschaftsverträge mit dem Ziel der Europäischen Union voll auszuschöpfen bzw. sie auf der Grundlage der Berichte von Pierre Werner und Leo Tindemans

zu vervollständigen“. Dazu enthält der Antrag eine Reihe konkreter Vorschläge. Insbesondere wird gefordert, durch ein System verpflichtender Konsultationen eine verbesserte Abstimmung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen innerhalb der EG herbeizuführen. Die europäische Regional-, Sozial-, Beschäftigungs-, Umwelt- und Entwicklungspolitik soll weiterentwickelt werden.

Die Politik der Europäischen Gemeinschaft muß mehr auf die Bedürfnisse des einzelnen Bürgers ausgerichtet sein. Er muß spüren, daß die Existenz der Europäischen Gemeinschaft ihm das Leben erleichtert und seine eigene Zukunft sichert. Deswegen müssen die technischen und verwaltungsmäßigen Hemmnisse im grenzüberschreitenden Verkehr abgebaut, mehr Freizügigkeit geschaffen, der Jugendaustausch verstärkt, der Fremdsprachenunterricht in den Schulen ausgebaut und die kulturellen Beziehungen ausgeweitet werden.

Der Antrag wurde von den Konferenzteilnehmern einmütig gebilligt und soll im gleichen Zeitraum in den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament eingebracht werden.

Außerdem wurde eingehend eine Zusammenarbeit der nationalen Parlamentsfraktionen mit der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament erörtert mit dem Ergebnis, daß konkrete Maßnahmen festgelegt wurden.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

2. 11. **CDU — Bund**
Präsidium, Hamburg
2. 11. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Hamburg
2. 11. **CDU — Bund**
Mittelstandsvereinigung
Bundesvorstand, Hamburg
3. 11. **RCDS — Bund**
Bundesausschuß, Hamburg
- 3./5. 11. **CDU — Bund**
30. Bundesparteitag, Hamburg
4. 11. **LV Rheinland**
Mittelstandsvereinigung
Fachkongreß „Freie Berufe“,
Köln
6. 11. **LV Berlin**
Landesvorstand mit MdBs, Berlin
6. 11. **LV Berlin**
Landesausschuß, Berlin
6. 11. **LV Rheinland**
Landesvorstand, Duisburg
7. 11. **LV Rheinland**
36. Landesparteitag, Duisburg
7. 11. **CDU Niedersachsen**
Fachtagung „Union und Künstler“,
Hannover
7. 11. **LV Westfalen-Lippe**
Frauenvereinigung
Hearing zum Thema „Medien“
7. 11. **LV Baden-Württemberg**
Verteidigungspolitischer Kongreß,
Böblingen
8. 11. **JU Oldenburg**
Landestag, Stapelfeld
9. 11. **LV Baden-Württemberg**
Landesvorstand und Präsidium,
Stuttgart
- 12./13. 11. **CDA — Bund**
Sozialsekretärskonferenz,
Königswinter
13. 11. **LV Oldenburg OMV**
Landestag, Oldenburg
- 13./14. 11. **KPV — Bund**
Bundesfachtagung
AK „Große Städte“, Bielefeld
14. 11. **LV Rheinland-Pfalz**
Mittelstandsvereinigung
Landestag, Mainz
14. 11. **LV Schleswig-Holstein**
Kongreß „Soziale Marktwirtschaft
unter veränderten Bedingungen“,
Lübeck-Travemünde
14. 11. **LV Schleswig-Holstein**
Frauenvereinigung
Delegiertentag, Rendsburg
- 14./15. 11. **JU Rheinland-Pfalz**
Landestag, Neuwied
16. 11. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesvorstand, Mainz
16. 11. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen
20. 11. **Frauenvereinigung — Bund**
BFA „Familienpolitik“, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis:** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis:** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf

UID